Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite 20 Pf.; Doppelzeile „unter Strich" Einzelzeile 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pf. (für Familiennachrichten 2c.), bes. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Meyer's Kaiser-Joppen für Herren und Knaben.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et.

Beleuchtungsgegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz Hoflieferant **6 Altmarkt 6** Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Tuchwaaren.
Grösste Auswahl von **Neuheiten** in Winter-Paletot-, Anzug- u. Hosenstoffen, beste deutsche u. englische Fabrikate, empfehlen zu **billigsten Preisen**
Friedr. Greiff & Sohn,
Georgplatz 9, part. und I. Et.

Dr. Kadner's
Sanatorium, Heilanstalt u. Kurhaus
Niederlössnitz bei Dresden.
Das ganze Jahr geöffnet. * Das ganze Jahr geöffnet.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3 (Hofgebäude).

Nr. 292. Spiegel: Reichstags-Diäten. Hofnachrichten. Schelbenschützengilde, Gewerbeverein, Handwerkerverein, Arbeiterkolonien. Amelia, Sodom's Ende, Lehrergesangverein. | Muthmaßliche Witterung: Aufbessernd. | **Donnerstag, 21. Oktober 1897.**

Für die Monate November u. Dezember

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei der Geschäftsstelle, Marienstraße 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Bereits in der Nummer vom 24. dieses Monats beginnen wir in unserer Belletristischen Beilage mit dem Abdruck des überaus spannenden Romans

„Der Erbe von Bedford"

von **E. Lenneck.**

Reichstagsdiäten.

In einem Artikel zur Frage der Einführung von Reichstagsdiäten bringt die Kreuzzeitung eine beachtenswerthe Mittheilung. Das konservative Organ stellt fest, daß die Regierung vor gar nicht langer Zeit auf dem Wege war, den freisinnigen Diätenantrag zu acceptiren, daß dies aber in Folge energischen Widerspruchs von konservativer Seite unterblieben ist. In der That war im Februar dieses Jahres die Nachricht aufgetaucht, Fürst Hohenlohe habe sich in einem Gespräche mit mehreren Parlamentariern durchaus nicht ablehnend gegen die Gewährung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten geäußert. Ist die Regierung wirklich, wenn auch nur vorübergehend, geneigt gewesen, die demokratische Forderung auf Einführung von Reichstagsdiäten ohne Kompensationen zu erfüllen, so hat sie damit einen Mangel von staatsmännischer Einsicht und Besonnenheit an den Tag gelegt, der umso bedauerlicher ist, als er der Befürchtung Raum läßt, daß die ablehnende Haltung der verbündeten Regierungen nicht von Bestand sein könnte. Diese Befürchtung erscheint um so berechtigter, als sich auch andererseits die Anzeichen mehren, daß der energische Widerstand von konservativer Seite, der das letzte Mal die Regierung noch von der Zustimmung zurückgehalten hat, nicht mehr so festgewurzelt ist, daß er nicht eine Sinnesänderung zuläßt. Giebt doch jetzt sogar schon die Kreuzzeitung der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Einführung von Diäten an dem Widerspruche der Konservativen nicht scheitern würde, wenn man gleichzeitig Garantien dafür böte, daß die Gewährung von Tagegeldern nicht eine üble Wirkung zeitigte. Der Widerspruch der „Kreuzzeitung" gegen die Diätenbewilligung, meint mit Recht ein freikonservatives Blatt, ist so lau, daß man auf den Gedanken gerathen könnte, die Konservativen wären nicht abgeneigt, um ein Linsengericht den Artikel 32 der Reichsverfassung, der das Verbot der Diäten ausspricht, preiszugeben. Seit Jahren bereits sind einzelne konservative Blätter für die Einführung von Tagegeldern eingetreten, und das Organ des Bundes der Landwirthe erklärt jetzt rundweg: Der Artikel 32 der Verfassung hat seinen Zweck verfehlt und ist daher zu streichen. An die Gewährung anderweitiger Kompensationen wird dabei gar nicht einmal gedacht, vielmehr soll es nach der Ansicht des agrarischen Blattes eigentlich viel logischer sein, aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht die Nothwendigkeit von Tagegeldern als das Verbot zu folgern.

Es ist den Diätenfreunden gegenüber oft genug betont worden, daß das Diätenverbot einen integrirenden Bestandtheil des Reichstagswahlrechts bildet. Der Artikel 32 der Reichsverfassung kann daher nicht geändert werden, ohne daß zugleich eine Reform des Reichstagswahlrechts, wie es in Artikel 20 festgesetzt ist, vorgenommen wird. Nach der Absicht des Gesetzgebers war die Diätenlosigkeit als Korrektiv des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts eingeführt worden. Wenn dieses Korrektiv beseitigt werden soll, so muß an seine Stelle ein anderes gleichwerthiges gesetzt werden. Angesichts der bedrohlichen Wirkungen unseres Reichstagswahlrechts wird kein umsichtiger Staatsmann die Thorheit begehen können, ein so wichtiges Zugeständniß, wie die Bewilligung von Tagegeldern, zu gewähren, ohne dafür vom Reichstag eine mindestens gleichwerthige Gegenleistung zu erhalten. Ein voller Ersatz für die Funktionen, die der Diätenlosigkeit zugedacht waren, könnte nur in einer planmäßigen Revision des Wahlrechts gefunden werden, sei es, daß dieses wesentlich eingeschränkt oder in vernunftgemäßer gerechter Weise abgestuft wird. Das Diätenverbot ist das einzige Mittel, das die verbündeten Regierungen besitzen, um eine Abänderung des Reichstagswahlrechts durchzusetzen. Es bildet die letzte Schranke gegen die demagogischen Wirkungen des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts. Diese Schranke fallen zu lassen, ohne eine andere gleich starke Schutzwehr aufzurichten, wäre ein Verfahren, das schnurstraks dem zuwiderliefe, was bei uns in Sachsen durch die Wahlrechtsreform bezweckt und erreicht worden ist. Es wird die Zeit kommen, wo man auch im Reiche von der Nothwendigkeit überzeugt werden wird, sich gegen die bedrohlichen Folgen, die sich aus der Gleichheit des Wahlrechts ergeben, wirksam zu schützen; dann wird man in der glücklichen Lage sein, in dem Diätenverbot wenigstens ein Kompensationsmittel an der Hand zu haben, um eine Reform des Wahlrechts durchzusetzen. Wenn das Organ des Bundes der Landwirthe annimmt, Fürst Bismarck denke heute in der Diätenfrage anders als vordem, so befindet es sich, wie wir auf das Bestimmteste zu versichern in der Lage sind, in einem sehr verhängnißvollen Irrthum. Bei allen Denen, die über die Anschauungen des Altreichskanzlers unterrichtet sind, kann nicht der mindeste Zweifel bestehen, daß er heute noch genau denselben Standpunkt in dieser Frage vertritt wie während seiner ganzen Reichskanzlerschaft. Dieser Standpunkt ist festgelegt in seiner Reichstagsrede vom 6. November 1884. „Wollen Sie," sagte er damals, „eine Revision des Wahlgesetzes überhaupt — ja dann wird vielleicht einer der Herren ein Amendement darauf stellen — ich will überhaupt keine — aber wenn das Einer will, darüber läßt sich handeln, ich gehöre zu dem kompromittirenden Theil der anderen Seite. Es giebt Konzessionen, für die wir die Diäten unter Umständen geben, ich brauche sie nicht zu bezeichnen, ich will mein Pulver nicht vor der Zeit verschießen; aber das müssen Sie sich klar machen, daß die Regierungen in eine Zahlung von Diäten nur willigen, wenn sie mit einer organischen Revision des Wahlgesetzes verbunden ist." Wiederholt hat ferner Fürst Bismarck hervorgehoben, wie bedenklich es überhaupt sei, an der Verfassung zu rütteln und die Basis, auf der sie das Gleichgewicht der legislativen Faktoren aufbaut, zu verschieben. Die Demokraten aller Schattirungen erheben sofort ein wüthendes Geschrei und reden von Verfassungsbruch, sobald auch nur in rein akademischer Erörterung die Reformbedürftigkeit des geltenden Reichstagswahlrechts behandelt wird. Der Artikel 20 der Verfassung, der vom Wahlrecht handelt, gilt ihnen als heilig und unantastbar. Das hindert sie aber keineswegs, leichten Herzens immer wieder gegen den das Diätenverbot aussprechenden Artikel 32 anzustürmen, obwohl beide Artikel zusammengehören und nicht einzusehen ist, warum die Heiligkeit und Unantastbarkeit des einen sich nicht auch auf den anderen erstrecken soll.

Graf Caprivi hat einmal den während seiner Reichskanzlerschaft leider nur zu wenig bethätigten Grundsatz aufgestellt, jede Regierungsmaßnahme müsse nach der Wirkung beurtheilt werden, die sie auf die Sozialdemokratie ausübt. Wenn man die Diätenfrage unter diesem Gesichtspunkte beurtheilt, so wird die grundsätzliche Entschiedenheit gegen die Bewilligung von Tagegeldern noch verstärkt werden. Zwar hat die Diätenlosigkeit eine antisozialdemokratische Wirkung keineswegs gehabt; das war aber auch nicht ihr Zweck. Sie sollte die demagogisch-zersetzenden Einflüsse des gleichen Wahlrechts beschränken. Daß die Bewilligung der Diäten die sozialdemokratische Kriegskasse, aus der dann die Reichstagsabgeordneten nicht mehr entschädigt zu werden brauchten, erheblich entlasten würde, fällt weniger in's Gewicht, als der Umstand, daß nach der Einführung der Tagegelder der Charakter der Wahlkämpfe, der Reichsvertretung und damit des ganzen politischen Lebens auf ein noch niedrigeres Niveau herabsinken dürfte, weil die Rücksicht auf den pekuniären Vortheil, den die Mandate bringen, maßgebend werden und eine Art demokratischer Parlamentsbureaukratie züchten würde. Am meisten müßte das naturgemäß der radikalsten Partei, der Sozialdemokratie, zu Gute kommen.

Zehnmal hat der Reichstag das Verlangen ausgesprochen, daß seinen Mitgliedern Tagegelder aus der Reichskasse gezahlt werden sollen. Das letzte Mal ist der Diätenantrag der freisinnigen Volkspartei mit 179 gegen 49 Stimmen angenommen worden. Zweifellos wird der Antrag in der nächsten Tagung wiederkommen und vielleicht wird dann die Minderheit noch mehr zusammenschrumpfen. Aber selbst wenn der Reichstag die Diätenbewilligung mit Einstimmigkeit und zum zwanzigsten Male fordern sollte, haben die verbündeten Regierungen nicht den mindesten Anlaß, nachzugeben und von dem alten Kurse abzuweichen, der sich auch in dieser Frage als der rechte staatserhaltende bewährt hat. Unser Kaiser hat im Mai dieses Jahres in einer Ansprache gesagt: „Die Zeit unserer Vorväter hat stählerne Männer erzeugt; wir brauchen in unserer jetzigen Zeit auch solche Männer." In der That sind Männer von stählerner Kraft und Festigkeit nothwendig, um der Demokratisirung unseres politischen Lebens, die mit der Aufhebung des Diätenverbots einen weiteren Schritt vorwärts und zwar wesentlich zu Gunsten der sozialrevolutionären Propaganda thun würde, Einhalt zu thun.

Quittung.

Für die Wasserbeschädigten sind in der Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten" bis 20. Oktober eingegangen:

E. Aug. Gocht, Neugersdorf (Sachsen) 1 Packet (geg. S. 1029) baumwollene Sachen, Ernst Grohmann „Pulsnitzer Nachrichten" Pulsnitz (Sachsen) 1 Packet (E. G. 101) Kleidungsstücke, Neugende, Hotel Hirsch, Kulmbach 2 M., Frau Lehmann-Köschenbroda, Ofenfabrik 3 Packete Kleidungsstücke, N. 1 Bautzen 1 Packet, A. S. 5 M., Wenig mit Liebe 3 M., Litterarischer Verein Dresden 100 M., Fideler Stammtisch „Seelenwärmer" 2,75 M., Frauenverein zu Ernstthal 25 M., Sachsenverein Basel 24 M., Familie L. 2 Packete, S. Schulze 4 M., Bezirksverein der Wilsdruffer Vorstadt und Friedrichstadt 50 M., Neffe Gern. Frzl. 1 M., M. u. L. D. 1 M., L. H. 15 M., E. u. T. Zschocke 6 M., W. Hirsch, Radeberg. Erlös vom Verkauf von 25 Stück Loosen der Internationalen Kunstausstellung 25 M., Frau E. H. Dresden 1 Packet und 10 M., Ungenannt Kleidungsstücke, Gesammelt unter den Lesern der Bopparder Zeitung 58,80 M., Sachsenverein in Straßburg (Elsaß) 3. Rate 100 M., Heinrich Winkler, Privatus, 50 M., Kriegerverein Devant les Ponts bei Metz 30 M., Willy Lamm 3 M., für die am 31. Juli ds. J. vom Hochwasser fortgeführten und an der Hirschmühle vom Zollassistenten G. aufgefangenen Klöger 4 M., 1. Knabenklasse einer Bezirksschule 2,30 M., Ein alter Abonnent 1 Packet und 5 M., L. verw. L. 10 M., v. B. 3 M., L. 1 M., Fl. G. aus U. Sch. 3 M., Strohhutfabrikant Dittrich 1 Packet Kleidungsstücke, Treuer Abonnent im Ausland 3 M., Theodor Dittrich, Oberlößnitz, Kleidungsstücke (für Schlesien), H. Wittenburg 10 M., S. Huckfeldorff, Bützow 5 M., in Summa 851 M. 85 Pf. Gesammtsumme 34,002 M. 50 Pfg.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 20. Oktober.

* Leipzig. Godard's Ballon ist heute Abend 8 Uhr in Dernau bei Oppeln gelandet, nachdem derselbe Vormittags durch Contrawind bis Wilna verschlagen worden war.

* Wien. Abgeordnetenhaus. Der Abgeordnete Herold führte ferner aus, es finde jetzt ein großer historischer Kampf um ein gleiches Recht aller Völker Oesterreichs gegen die Suprematie der Deutschen statt. Die Obstruktion werde nicht siegen, sollte das doch der Fall sein, so werde das böhmische Volk diesen Sieg überleben. Im Interesse des böhmischen Volkes, der Freiheit und Gesetzlichkeit werden die Tschechen keinen Antrag der Linken unterstützen. Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Nach der Wahl der Generalredner beantragte die Linke eine neuerliche namentliche Abstimmung. Die Sitzung dauert noch fort.

* Wien. Abgeordnetenhaus. Nach weiteren namentlichen Abstimmungen beantragte der Italiener Malfatti, über die Minister-anklagen zur Tagesordnung überzugehen, indem das Haus in dem Erlasse vom 21. Juni 1897 keine die Erhebung einer Anklage rechtfertigende Gesetzesverletzung erblicke, jedoch die Regierung auffordere, das Vereins- und Versammlungsgesetz freiestens zu handhaben. Nach erneuten namentlichen Abstimmungen führte der Generalredner für den Antrag Sylvester aus, der Erlaß verstoße gegen mehrere Gesetze, und erklärte, die Deutschen in den Alpenländern gingen einig vor mit den Deutschen Böhmens und würden im Kampfe nicht eher zurückweichen, bis die Sprachenverordnungen zurückgezogen seien. (Lebhafter Beifall, Handeklatschen links.) Der Abgeordnete Vergelt beantragte hierauf, die Sitzung zu schließen, worüber namentlich abgestimmt wurde.

* Wien, 9 Uhr 45 Min. Abds. Abgeordnetenhaus. (Schluß.) Der Antrag Vergelt, die Sitzung zu schließen, wird abgelehnt. Der Generalredner gegen den Antrag, Manthner, betonte, die Regierung bemeistere mit derartigen Erlassen die Bewegung der deutschen Bevölkerung nicht, welche vielmehr immer wachsen werde. Er hoffe, daß in dieser Frage endlich die Solidarität der Deutschen in Oesterreich zum Ausdruck komme. Redner erklärte sich schließlich für den Antrag Dubsky, der eine scharfe Verurtheilung des Vorgehens der Regierung enthalte. Nach thatsächlichen Berichtigungen wurde der Antrag Herold, über die Ministeranklagen einfach zur Tagesordnung überzugehen, mit 161 gegen 141 Stimmen angenommen. (Stürmischer Beifall rechts, großer Lärm links.) Nach zehnstündiger Dauer wurde die Sitzung 9 Uhr Abends geschlossen.

* Paris. Der Handelsminister läßt, wie die Agence Havas meldet, den Wortlaut der gestern in Nancy gehaltenen Rede veröffentlichen. Hiernach wurde mit Bezug auf die handelspolitischen Beziehungen Frankreichs zu Italien gesagt: Wenn die Verhandlungen im offiziellen Sinne des Wortes zwischen Italien und Frankreich noch nicht eröffnet seien, welche unmittelbar zu einem handelspolitischen Einvernehmen führen könnten, so könne es doch kein Erstaunen erregen, daß seit langer Zeit Besprechungen in dieser Angelegenheit stattgefunden und fortdauerten, um dieses wünschenswerthe Abkommen beider Nachbarländer in die Wege zu leiten.

Berlin. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bestätigt, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Frhr. v. Marschall von seiner bisherigen Stellung unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers entbunden und zum Botschafter in Konstantinopel ernannt wird und daß der bisherige Botschafter in Konstantinopel Frhr. v. Saurma den durch die Abberufung des Botschafters v. Bülow frei werdenden Posten in Rom erhält. — Wie das „Berl. Tagebl." hört, dürften nach Erledigung der Marineforderungen im Reichstag größere Kredite für die Zwecke, die mit der Bewaffnung des Heeres zusammenhängen, gefordert werden. — Die nächstjährigen Kaisermanöver sollen zwischen dem 13. württembergischen und dem 14. badischen Armeekorps einerseits und zwischen den beiden Armeekorps der Reichslande andererseits stattfinden. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, wonach die Verordnung von 1888, kraft welcher der Neuguinea-Kompagnie für ihr Schutzgebiet die Ausübung der Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen zunächst bis zum Ablauf des Jahres 1897 übertragen worden ist, auch über diesen Zeitpunkt hinaus bis auf Weiteres in Geltung verbleibt. — Der Berliner Verlagsbuchhändler Ernst Reimer ist nach schwerer Krankheit in Jena gestorben.

Leipzig. Nach Mittheilung des Vorsitzenden wird die Ausstellung ohne Defizit und ohne Zuhilfenahme von Garantie-Zeichnern abschließen, falls die Stadt die Gartenanlagen übernimmt. Die Ausstellung, an der sich 3500 Aussteller betheiligten, hatte 5 Millionen Umsatz und wurde von 4 Millionen Menschen besucht; sie ist somit die größte von allen bisherigen deutschen Ausstellungen gewesen.

Zwickau. Die elektrische Eisenbahn Zwickau-Schedewitz überfuhr in der Hauptstraße von Schedewitz einen 4jährigen Knaben Namens Sänchiger und tödtete ihn.

Köln. Gestern Abend flog auf dem Walzwerk Boeckingen u. Co. in Mühlheim am Rhein das Schwungrad der großen Dampfmaschine in die Luft. Zwei Personen wurden schwer, verschiedene andere leicht verletzt. In dem Walzwerk wurde große Verwüstung angerichtet.

Köln. Der „Köln. Volksztg." zufolge wurde die heutige Begegnung des Czaren mit dem Kaiser Wilhelm erst gestern in Darmstadt und zwar durch Vermittelung des Prinzen Heinrich beschlossen. — Weiter meldet dasselbe Blatt zur serbischen Ministerkrisis: Simitsch meldete bereits die Abdankung des Kabinets noch während der Anwesenheit des Königs in Wien mit der Begründung, weder er noch seine Ministerkollegen könnten die Reise Milan's nach Serbien billigen. Letztere sei die Ursache der Krisis. Der König befinde sich wieder unter der Herrschaft Milan's.

Stuttgart. Der Finanzminister erklärte der Steuerkommission, das Einkommensteuergesetz sei in der Fassung der Kammer für die Regierung unannehmbar; ohne Aenderung sei die ganze Steuerreform in Frage gestellt.

Wiesbaden. Der Kaiser von Rußland ist in Begleitung des Großherzogs von Hessen heute Nachmittag 2¼ Uhr nach Darmstadt zurückgereist. Kaiser Nikolaus, in der Uniform des hessischen Dragoner, wurde auf dem ganzen, von einem Truppen-Spalier eingefaßten Wege zum Bahnhofe seitens der zahlreichen Volksmenge wieder auf das Lebhafteste begrüßt. Kaiser Wilhelm, in russischer Admiralsuniform, hatte seinem kaiserlichen Gast das Geleit zum Bahnhof gegeben, wo sich die Monarchen auf das Herzlichste durch Umarmung und Küssen verabschiedeten. Kurze Zeit darauf traf die Kaiserin mit den drei ältesten kaiserlichen Prinzen unter anhaltendem Jubel des zahlreichen Publikums auf dem Bahnhofe ein, wo ihr die Prinzessin Elisabeth von Schaumburg-Lippe einen Blumenstrauß überreichte. Der Kaiser hatte bis zur Ankunft der Kaiserin im Empfangspavillon in längerer Unterhaltung mit den Botschaftern von Bülow und Graf zu Eulenburg, sowie mit dem Polizeipräsidenten Prinzen Radibor geweilt, welch' Letzterem er wiederholt seine Anerkennung für den ihm bereiteten Empfang aussprach. Um 2¾ Uhr erfolgte die Abreise des Kaiserpaares nach Cronberg, wo die Majestäten 4¾ Uhr eintrafen und von der Kaiserin Friedrich, sowie von dem Prinzen und der Prinzessin Karl von Hessen empfangen wurden. Die Kaiserin reist heute Abend mit den kaiserlichen Prinzen nach Potsdam zurück, während sich der Kaiser Morgen früh nach Karlsruhe und von dort nach Darmstadt begeben wird, von wo er Abends gleichfalls nach Potsdam abreist.

Darmstadt. Der Kaiser von Rußland und der Großherzog von Hessen trafen in Begleitung des Prinzen und der Prinzessin von Schaumburg-Lippe von Wiesbaden auf dem hiesigen Bahnhofe ein, wo sie von der Kaiserin Alexandra Feodorowna und der Großherzogin von Hessen empfangen wurden.

Wien. Der Minister des Aeußeren Graf Goluchowski hat sich nach Pest begeben. — Abgeordnetenhaus. Präsident Kathrein eröffnet die Nachts unterbrochene Sitzung und spricht sein tiefstes Bedauern aus, daß ein Versehen des Vicepräsidenten Abrahamowitsch zu stürmischen Scenen geführt habe und führt aus, es sei nicht nothwendig gewesen, denselben deswegen zu bedrohen. Derartige Scenen stellten den ganzen Parlamentarismus in Frage und drückten das Ansehen des Hauses auf das tiefste Niveau herab. Der Präsident widerlegt dann den Vorwurf, daß die Abgeordneten von der gestrigen Abendsitzung nicht rechtzeitig verständigt worden seien und verweist auf die hierauf bezüglichen vorliegenden Bestätigungen. Als der Präsident den Vorsitz an den Vicepräsidenten abgegeben habe, habe er vergessen, denselben mitzutheilen, daß bereits drei Abgeordnete sich zur formalen Geschäfts-

Pfund's Molkerei (elektrisch) **Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.** Trocken-fütterung.

Pfund's Kindermilch.